werden und Versuche, private Bezüge in anderer Form als der des steuerbaren Einkommens zu erhalten, werden diese Bestimmung zu umgehen suchen

Was für die lebenslänglich angestellten Beamten gilt, gilt in gleicher Weise für die auf Probe, Kündigung oder auf Widerruf angestellten. Diese Beamten können unter Gewährung einer Abfindungssumme aus dem Reichsdienst entlassen werden. Ebenso sollen die Angestellten entlassen werden, sofern nicht zwingende dienstliche Rücksichten der Entlassung entgegenstehen, und Neueinstellungen von Angestellten nicht mehr stattfinden, sofern es sich nicht um einen vorübergehenden wichtigen Zweck handelt oder in sonstigen Fällen der Reichsfinanzminister seine Zustimmung gibt.

Die Frage der Entlassung der Angestellten ist ein Kapitel für sich. Es erscheint ganz selbstverständlich, daß alle Angestellten höherer Ordnung, die die Tätigkeit von Beamten wahrnehmen, diesen weichen müssen. Andererseits wird es aber schwierig sein, das Heer der Kanzleibediensteten und der Angestellten niederer Ordnung ganz abzustoßen, weil man, wie Erfahrung und Versuche gelehrt haben, die unteren Beamten nur in verschwindender Zahl im Kanzleibetriebe gebrauchen kann, und es kaum wirtschaftlich sein dürfte, zur Ausübung aller mechanischen Arbeiten wie in früheren Zeiten nur Beamte einzustellen. Es wird m. E. genügen, wenn man untere Beamte in gehobener Stellung als Aufsichtspersonal zur Verfügung hat.

Der Abbau selbst soll so vor sich gehen, daß 5 pCt. der Gesamtzahl der Beamten vor dem 1. Februar 1924, 5 pCt. vor dem 1. März 1921 und weitere 5 pCt. vor dem 1. April 1924 ausscheiden. Den Zeitpunkt für den weiteren Abbau von 10 pCt. bestimmt die Reichsregierung. Die Verteilung der auszuscheidenden Beamten auf die einzelnen Verwaltungen nimmt die Reichsregierung vor, die Unterverteilung auf die Dienstzweige usw. die zuständige oberste Reichsbehörde, die diese Befugnis auf die höheren Reichsbehörden übertragen kann. Angerechnet werden auf die Zahl der auszuscheidenden Beamten die Angestellten, die nach dem 1. Oktober 1923 aus dem Reichsdienste entlassen und durch vorhandene Beamte ersetzt worden sind, ferner die nach dem 1. Oktober 1923 in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten und die nach diesem Zeitpunkt sonst freigewordenen und nicht wieder besetzten Planstellen.

Die Folgen der Bestimmungen des Abbaugesetzes machen sich bereits bemerkbar. Man erfährt aus den Zeitungen, daß am Reichsgericht und auch an Berliner Mittelbehörde über ein Dutzend höchster und hoher Beamter auf Grund der Ueberalterungsbestimmungen zwangsweise in den Ruhestand versetzt sind. Weitere hohe und mittlere Beamte werden folgen, und allmählich wird so ein Beamtenkörper entstehen, der kleiner und in seiner Geschlossenheit leistungsfähiger ist.

Was ich diesem Beamtenkörper aber auf seinem neuen Wege mitgeben möchte, ist der Wunsch, daß alte Zucht und Sitte, die Disziplin, die jeder lernen muß, der einmal selbst befehlen will, und das dem früheren deutschen Beamten innewohnende Pflichtgefühl, das weiten Kreisen verloren gegangen ist, aus ihrer Versenkung auferstehen und alle sogenannten Errungenschaften der Revolution hinwegfegen mögen, die unsern Beamtenkörper krank und siech gemacht haben. Es geht nicht an, daß weite Kreise unserer Beamtenschaft in Abhängigkeit von den klassenkämpferischen Idealen der Sozialdemokratie die Streikparole auf ihre Fahnen geschrieben haben, daß Beamtenvertretungen sich ihren Vorgesetzten gegenüber Rechte anmaßen, die jede Unterordnung illusorisch machen müssen, und daß die Hoheit der Verwaltung wohl gegenüber den Staatsbürgern, aber nicht gegenüber den Beamten bestehen soll. Solange hier nicht gründlich Wandel geschaffen wird, werden wir auch in unserm Beamtenkörper vergeblich auf Gesundung warten.

Die harte Schule, durch die die Beamten zurzeit hindurchgehen, die angespannte Arbeit, die der verkleinerte Beamtenkörper wird bewältigen müssen, werden sicherlich dazu beitragen, die Selbstbesinnung zu wecken, und mit dem Erwachen in den radikal gewordenen Kreisen wird hoffentlich alter Geist in neue Form gegossen, unsere altbewährte Beamtenschaft wieder erstehen, dem Vaterland zur Stütze, sich zur Ehre und zum Nutzen.

Die Beamtenbesoldung vom Kabinett genehmigt.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Neuregelung der Beamtenbesoldung und befaßte sich mit einer Reihe kleinerer Vorlagen.

Die Beamten lehnen die verlängerte Arbeitszeit ab.

Wie zu erwarten war, ist es in den gestrigen Verhandlungen, die im Reichsministerium des Innern zwischen der Regierung und den Beamtenorganisationen stattfanden, in der Frage der Arbeitszeitverlängerung zu keiner Einigung gekommen, vielmehr haben die Dinge eine Verschärfung erfahren, die nicht ganz unbedenklich erscheint.

Die Regierungsvertreter lehnten zunächst den schriftlich geäußerten Wunsch der Beamtenorganisationen ab, die Arbeitszeitverlängerung zusammen mit der Personalabbauverordnung und der Besoldungsneuregelung zu verhandeln, da in der Frage der Gehaltsfestsetzung die Entscheidung bereits gefallen sei. Der Beamtenabbau bedinge eine Erhöhung der Arbeitsleistung jedes Einzelnen, denn es hieße den Sinn dieser Maßnahme in das Gegenteil verkehren, wenn für die entstehende Arbeitsmehrleistung etwa anstelle ausscheidender Beamter neue Kräfte herangezogen werden müßten.

Die Beamtenvertreter äußerten dagegen die Ansicht, daß man in Beamtenkreisen im allgemeinen wohl mit einer erhöhten Arbeitsleistung einverstanden wäre, wenn in der Frage des Personalabbaues Entgegenkommen gezeigt würde. Wollten die Organisationen den Vorschlägen der Regierung beistimmen, so würden sie damit selbst für den Beamtenabbau eintreten. Das könne von ihnen nicht verlangt werden. In der vorliegenden Form sei es den Gewerkschaften auch nicht möglich, die Arbeitszeitverlängerung ihren Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen. Auch die Teilung der Dienststunden sei für weite Kreise der Beamtenschaft undurchführbar. Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen und es wird damit zu rechnen sein, daß im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten zur Durchführung kommt.

— Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern beträgt am 11. Dezember 1923 1000 Milliarden.

Die geplanten Steuerverordnungen.

Zu den Maßnahmen, die die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes auf dem Verordnungswege durchzuführen beabsichtigt, gehören bekanntlich in erster Linie steuerliche Maßnahmen. Die Beratungen hierüber sind noch nicht völlig zum Abschluß gelangt. Es handelt sich bei den steuerlichen Maßnahmen zunächst um die Umbildung der Besitzsteuer auf Goldwährung, ferner um den Ausbau bestehender Gesetze, und endlich um neue steuerliche Maßnahmen. Unter diesen letzteren befinden sich bereits zwei ausgearbeitete Pläne, die auf die Besteuerung der Hypotheken abzielen. Der erste Plan betrifft die Besteuerung solcher Firmen, die Obligationen ausgegeben haben, und diese zu einem niederen Kurse zurückgekauft haben. Der zweite Plan zielt auf die Besteuerung des städtischen Grundbesitzes ab. Es ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit der Mietszins auf Goldwert aufgewertet werden wird. Die Besteuerung geht von der Ansicht aus, daß durch die Aufwertung des Mietszinses der Hausbesitz, insbesondere derjenige, der den Grundbesitz billig erworben bzw. die auf ihm lastenden Hypotheken billig abgestoßen hat, einen starken Vermögenszuwachs erfährt. Dieser Vermögenszuwachs soll durch die Steuer erfaßt werden.

•

Wie hierzu ergänzend gemeldet wird, haben gestern im Reichsfinanzministerium Beratungen über die Steuernotverordnung stattgefunden, wozu neben den Vertretern der einzelnen Ressorts auch noch Sachverständige zugezogen wurden. Es ergab sich die Notwendigkeit kleinerer Abänderungen des vorliegenden Entwurfs.

Die Regierungsbildung in Oldenburg vor dem Abschluß.

TU Oldenburg, 10. Dezember.

In den letzten Tagen haben wiederholt Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden, um eine Regierung zustandezubringen. Nachdem diese Verhandlungen mehrmals ergebnislos vertagt werden mußten, ist es nun endlich zu einer vorläufigen Einigung gekommen. Allerdings liegt eine Bestätigung der Parteiinstanz noch nicht vor. Die Ministerien sollen nach diesem vorläufigen Kompromiß folgendermaßen verteilt werden: 1. Präsidium, Finanzen und Handel übernimmt das Zentrum, 2. Aeußeres, Kultus, Justiz, Landwirtschaft, Ernährung und Siedlung Deutsche Volkspartei, soziale Fürsorge Sozialdemokraten, 3. Inneres (ohne Landwirtschaft, Ernährung und Siedlung) Demokraten.

Ein Erlaß Bayerns.

eca München, 10. Dezember.

Die bayerische Regierung veröffentlicht einen Erlaß, worin auf die Notwendigkeit eines Abbaues des Beamten- und Angestelltenkörpers hingewiesen und betont wird, daß die Arbeitsleistung der Beamten soweit als möglich zu steigern ist. Der Grundsatz, daß die 48stündige Wochendienstzeit nur die Mindestzeit darstellt, soll mit Entschiedenheit durchgeführt werden. Die Beamten sollen verpflichtet werden, soweit es das Dienstbedürfnis erfordert, über die festgesetzten Dienststunden hinaus zu arbeiten, ohne daß dafür eine besondere Entschädigung gewährt wird.

Das Elend an Rhein und Ruhr.

Köln, 10. Dezember.

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" schreibt: Der Hauptausschuß „Arbeiterwohlfahrt", der 1919 gegründeten, auf dem Grundsatz der Selbsthilfe beruhenden Organisation der sozialistischen Arbeiterschaft, tagte am Sonntag in Köln. Die Veranstaltung wurde zu einer Kundgebung von erschütternder Gewalt. Vor zahlreichen ausländischen Gästen entrollten die Sprecher rückhaltlos das deutsche Elend. Ihre Reden mündeten in den Notschrei: „Helft, wenn Ihr nicht wollt, daß ein großes Volk zu Grunde geht. Wir können uns nicht mehr selber helfen. Reichstagsabgeordnete Maria Juchacz, die als Vorsitzende des Hauptausschusses die Versammlung aller Helfer und Helferinnen am Rhein und Ruhr leitete, sagte mit Recht, daß alle Schleusen der Verelendung von Tag zu Tag weiter geöffnet würden. Immer wieder erinnerte sie an die hunderttausende von Kindern, die in engen, kalten Zimmern ohne ausreichende Nahrung und Bekleidung sitzen müssen. Ueber dieses Thema gab der Hauptredner, der Kölner Stadtarzt Dr. Braubach, eine so große Anzahl von Fällen, daß er mit Recht an das furchtbare Wort Clemenceaus erinnern durfte: „In Deutschland seien 20 Millionen Menschen zuviel." In den geschwächten blutarmen Körpern der Kinder, die keine Milch mehr erhielten, im Winter keine warme Kleidung mehr tragen und nur zum kleinen Teil gebrauchsfähige Schuhe besitzen, bleibt die Tuberkulose aktiv, und im blühenden Alter würde es unter dieser Generation ein Massensterben geben. Schon heute übertrifft die Zahl der Gestorbenen die Neugeborenen! Braubachs eindringliche Rede wurde ergänzt durch den Kölner Bürgermeister Dr. Billstein, durch Reichstagsabgeordneten Sollmann, durch Vertreter und Vertreterinnen zahlreicher Orte des besetzten Gebietes. Ueberall das gleiche Elend! Ueberall 50 bis 75 Prozent der gesamten Bevölkerung ohne Arbeit, auf kärgliche Unterstützung angewiesen! Ueberall reicht die Selbsthilfe längst nicht mehr aus! Maria Juchacz sagte im Schlußwort, daß es Ueberwindung koste, an die Mildtätigkeit der Welt zu appellieren, aber es bleibe kein anderer Weg! Es geht um das nackte Leben!" Wenn die ewige Idee der Völkerfreundschaft und der Völkerliebe nicht schon auf dem Totenacker liegt, dann wird die Kundgebung die schon oft erprobte Hilfsbereitschaft aufs neue beflügeln.

Lockerung der Sklavenketten.

Paris, 9. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommmission beschlossen, eine Anzahl von Einschränkungsmaßnahmen rückgängig zu machen, die in der Zeit des passiven Widerstandes getroffen sind. Vor allem seien zurückgezogen worden die Verordnung über die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs, gewisse Einschränkungen des Lastautoverkehrs, sowie die Verpflichtung der Gemeinden zur Ueberwachung der Eisenbahnübergänge zu ebener Erde. Die neue Verordnung gehe Hand in Hand mit den Maßnahmen, die die militärischen Befehlsstellen im Ruhrgebiet ergriffen hätten.

— Schicksalsfragen der Deutschen Presse! Die berufliche Standesvertretung der Berliner Redakteure und Journalisten aller Parteien, der Bezirksverband im Reichsverband der Deutschen Presse, veranstaltet am kommenden Freitag, den 14. Dezember, abends pünktlich 7½ Uhr im großen Sitzungssaal des Preußischen Landtags (Prinz-Albrecht-Straße) eine große Kundgebung über das Thema: „Schicksalsfragen der Deutschen Presse". Dabei werden der Herr Reichskanzler Dr. Marx und der Herr Reichstagspräsident Loebe über die Bedeutung der Presse, Herr Chefredakteur Ackermann über soziale und berufliche Fragen des Redakteurstandes sprechen.

Arbeitszeit und Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

Mtb Essen, 10. Dezember.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat in einer außerordentlichen Generalversammlung, zu der über 100 Delegierte aus allen Bezirken des Ruhrgebietes erschienen waren, seine Stellung gegenüber der Regelung der Arbeitszeit im Bergbau revidiert. Nach fünfstündiger Beratung beschloß er: Die Vereinbarung sei nicht annehmbar, weil die Arbeitgeber mit der später erfolgten Kündigung des Manteltarifes und der Lohnordnung die Grundlage dieser Vereinbarung beseitigt hätten. Mit Ablauf des Tarifvertrages am 1. März 1924 kann auch die Vereinbarung nicht länger bestehen bleiben. Es müßten weiter Sicherungen gegen willkürliche unberechtigte Entlassungen, gegen Lohnabzug und Feierschichten darin aufgenommen werden. Nachdem jedoch die Mehrheit der Verbände die Vereinbarung angenommen hat, und die Arbeitgeber gedroht hätten, die Bergleute, die die Vereinbarung ablehnten, aus der Arbeit auszusperren, empfehle die Generalversammlung den Mitgliedern des Gewerkvereins, die vereinbarten Ueberstunden zu verfahren. Die Generalversammlung glaubt es nicht verantworten zu können, daß Tausende von Mitgliedern in der gegenwärtigen Zeit tiefster Not brotlos werden.

Nach Bekanntmachungen einer großen Anzahl von Zechen und einiger Hüttenwerke, werden die Betriebe heute wieder in beschränktem Umfange in Gang gesetzt werden. Man nimmt allgemein angesichts der furchtbaren Notlage an, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft die verlängerte Arbeitszeit ohne weiteres verfahren wird.

Paris, 9. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist die Kohlenförderung der Bergwerke im Bezirk Aachen in der vorigen Woche um 20 Prozent gestiegen. Auf der Grube Dahlbusch habe sich die Förderung innerhalb von 14 Tagen verdoppelt. Bei Krupp habe die Kohlenförderung die Kokserzeugung um ⅓ überschritten. In den Kokereien des Konzerns Stinnes seien 160 Koksöfen wieder in Betrieb gesetzt worden (40 auf Grube Tremonia, 60 auf Grube Erich und 60 auf Grube Hansa). Ferner 30 Oefen bei Harpener, 70 bei Hösch und 60 auf der Grube Mont Cenis.

Wohltätigkeitsball des Berliner diplomatischen Korps.

Die Damen der in Berlin akkreditierten fremden Botschafter und Gesandten veranstalteten am Sonnabend abend einen Wohltätigkeitsball zugunsten notleidender Berliner Kinder. Mit rühmenswertem Eifer und einer Eintracht, die im politischen Verkehr der Männer nur zu selten verspürt wird, hatten die Damen des diplomatischen Korps zusammengewirkt, um ihr Fest zu einem glanzvollen gesellschaftlichen Ereignis und zugleich zu einem Liebeswerk für arme Opfer der deutschen Not zu gestalten. Der Ehrenausschuß, dessen Vorsitz Lady D'Abernon, die Gattin des englischen Botschafters, dankenswerterweise übernommen hatte, darf einen schönen Erfolg seiner Bemühungen buchen. Wohl an 2000 Gäste füllten die vornehm geschmückten Räume des Hotels Adlon mit froh bewegtem Gedränge. Von den Damen des Komitees, die sich um das Gelingen des Abends verdient gemacht haben, sah man neben Lady D'Abernon vor allem Frau Houghton, die Gattin des amerikanischen Botschafters, Gräfin Bosdari, die Gattin des italienischen Botschafters, Baronin Gevers, die Gattin des holländischen Gesandten, Gräfin Moltke (Dänemark), Frau Susviela Guarch (Uruguay), Frau Nano (Rumänien), Frau Holma (Finnland), Frau Wei (China), Frau Rufenacht (Schweiz), Frau Olszowski (Polen), Frau Cardenas, Baronin von Nagell, Frau Charlton, Frau Coffin. Große Verdienste um das Gelingen des Abends erwarb sich auch Frau Robbins, die Gemahlin des Botschaftssekretärs der Vereinigten Staaten, in deren Händen die Organisation des Abends lag.

An der Seite von Lady D'Abernon sah man Frau Stresemann mit der liebenswürdigen Frische und Natürlichkeit ihres Wesens die Honneurs in Vertretung ihres durch Grippe ans Haus gefesselten Gatten machen. Am Tische der Baronin Gevers hatte Staatssekretär von Maltzahn nebst Gemahlin Platz genommen. Diplomatische Vertreter fast aller Länder waren in der froh bewegten Menge vertreten, besonders zahlreich waren die Mitglieder der amerikanischen Botschaft erschienen. Von deutschen Diplomaten sah man den Staatssekretär von Maltzahn, Ministerialdirektor von Schubert und viele jüngere Herren des Auswärtigen Amtes, daneben zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus Kreisen der Presse, Kunst und Wissenschaft. Unermüdlich wurde getanzt bis früh in die Morgenstunden hinein. Wer vermöchte auch den lockenden Klängen eines Marek Weber zu widerstehen? Berichterstatterinnen führender Modezeitungen waren mit Lorgnette und Bleistift eifrig bemüht, das Ergebnis dieser großartigsten Modeschau kritisch zu prüfen und für ihre Blätter zu skizzieren. Im ganzen darf man feststellen, daß die Veranstaltung den Stempel wohltuender, vornehmer Einfachheit trug, und daß ihr Verlauf durch keinerlei störende Dissonanzen getrübt wurde.

Lichter glühen, Geigen locken, Gläser klingen, wundervolle Perlengehänge schöner Frauen glitzern im Widerschein der Kronleuchter. Inmitten von Glanz und Pracht dieses Festes wandern die Gedanken zu den Aermsten, denen der finanzielle Ertrag des Abends zugedacht ist. Wenn man ein wenig von dem Licht und der Freude einfangen könnte, um die dunklen Hütten ihrer Not zu erleuchten und zu durchwärmen! Bekanntlich ist der Gesamtertrag des Abends ohne jeden Abzug als Weihnachtsgabe für Berliner notleidende Kinder bestimmt. Darüber hinaus hat der Besitzer des Hotels Adlon noch 10 Prozent aller Einnahmen dieses Abends für denselben wohltätigen Zweck in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt. Hunderten von Berliner Familien wird so eine unverhoffte Weihnachtsfreude beschert werden. Der schöne Gedanke, das finanzielle Ergebnis des Abends zu Weihnachtsgeschenken für notleidende Kinder zu verwenden, geht auf eine Anregung von Frau Houghton zurück. Die Damen werden sich durch das glänzende Ergebnis und den harmonischen Verlauf des Wohltätigkeitsballs am besten für ihre hingebungsvollen Bemühungen belohnt fühlen.

In Deutschland steht man der Verknüpfung gesellschaftlicher Freuden mit charitativen Zwecken vielfach mit ablehnender Skepsis gegenüber. Aber Not macht erfinderisch und zwingt uns, jedes erlaubte Mittel in den Dienst der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung zu stellen. Der einzelne mag Wohltätigkeit stolz zurückweisen, lieber darben wollen als Almosen annehmen. Wer Verantwortung für die Gesamtheit trägt, darf charitative Hilfe nicht aus falsch verstandenem Ehrbegriff ablehnen. Und noch eins! Deutschlands Lage in der Welt wird sich erst dann von Grund auf bessern können, wenn die seelische Einstellung der durch Kriegs- und Nachkriegspropaganda gegen uns aufgehetzten Menschheit eine andere geworden ist. Sicherlich wird das deutsche Volk sich zuerst und zuletzt und immer wieder auf seine eigene Kraft besinnen müssen. Aber viele Wege führen nach Rom, und auf dem neutralen Boden gesellschaftlicher und charitativer Veranstaltungen lassen sich oftmals zerrissene Fäden leichter wiederanknüpfen als in der durch Haß und Mißtrauen vergifteten Atmosphäre diplomatischer Amtsstuben . . .

— Heinrich Dove, der einstige Vizepräsident des Reichstages und Syndikus der Berliner Handelskammer, begeht heute die Feier seines siebzigsten Geburtstages.

Presseschau.

In der

„Germania"

bespricht der Zentrumsabgeordnete Ehrhardt die politische Lage und sagt über die Politik, die die Sozialdemokratie in der letzten Zeit verfolgt hat, folgendes:

„Es läßt sich kaum annehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie ein bestimmtes Ziel verfolgt. Sie hatte die Gelegenheit, Großes zu leisten, und immer wieder die Situation verpaßt. Maßlos in ihren sozialpolitischen Forderungen, die sich wegen der finanziellen Schwäche des Reiches nicht durchführen ließen, hatte sie keinen Blick für wirtschaftliche Tatsachen. Anstatt der Ausbeutung des Volkes durch Kartelle, Konzerne usw. der verschiedensten Art zielbewußt entgegenzutreten, wurde in Phrasen gemacht. Während sich die Sozialdemokratie in schönen und blendenden Agitationsreden gefiel, verarmten die Arbeitermassen, und einige wenige bereicherten sich an der Not des Volkes. Einerseits wurde die sozialpolitische Arbeit diskreditiert und andererseits der politischen Reaktion in die Hände gearbeitet.

Positive Arbeit liegt auch im Interesse der sozialdemokratischen Wähler. Schaltet sich die Sozialdemokratie politisch selbst aus, weil sie nicht den vollen Mut zur staatlichen und politischen Verantwortung aufbringt, so versetzt sie sich selbst den Todesstoß. Wer sich bewußt ist, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihren wichtigsten Teilen unter keinen Umständen politisch ausgeschaltet werden darf, weil ohne ihre Mitregierung sich niemals das volle und echte Nationalitätsbewußtsein einstellt, der wird die Entwicklung in der Sozialdemokratie bedauern. Es wäre zu wünschen, daß sich bald die Geister wieder scheiden, und die Strömung in der Sozialdemokratie siegt, die bewußt alle Verantwortung des Regierens auf sich nimmt. Kommt es in Deutschland zu einer reaktionären Regierung und zu einer großen Schwächung des Einflusses der deutschen Arbeiterschaft im politischen Leben, so leistet die Sozialdemokratie ihren Wählern den allerschlechtesten Dienst. Sie hat dann eine große Stunde verpaßt und dürfte damit für lange Zeit erledigt sein."

Ueber Wirtschaftsfragen an der Ruhr spricht die

„D. A. Z.":

„. . . Mehr auf der innerpolitischen Seite liegt die Streitigkeit um die Arbeitszeit. Im allgemeinen hat sich der Produktionsgedanke durchgesetzt; man ist davon überzeugt, daß ohne Warenerzeugung keine Existenz möglich ist. Aber man benutzt die erneute Aufrollung der Fragen wieder zu allerhand mehr oder weniger akademischen Erörterungen und Bemängelungen, zur Betonung alter (unverrückbarer) Grundsätze, zu Reformvorschlägen u. a. und kommt dadurch ins Verhandeln statt ins Handeln. Der alte Bergarbeiterverband, welcher in seiner politischen Gesinnung den Mehrheitssozialisten nahesteht, hat mit einer ganz knappen Mehrheit die Verlängerung der Arbeitszeit gutgeheißen, zugleich hat man aber auch nicht versäumt, in sozialistischen Blättern die schon beinahe historische Reminiszenz von Wilhelm Dittmann aufwärmen zu lassen, daß der Achtstundentag am 12. November 1918 durch die „große" „Verordnung mit Gesetzeskraft" des Rates der Volksbeauftragten gesetzlich festgelegt worden sei. Die in politischen Dingen sonst nicht linksstehenden christlichen Bergarbeiter und die Hirsch-Dunckerschen, die noch etwas weiter rechts stehen, haben diesmal nein gesagt. Sie sind auch für die Produktion, hatten in Berlin auch dem Arbeitszeitabkommen zugestimmt, waren aber verstimmt darüber, daß auch der Manteltarif und die Lohnordnung vom Zechenverband gekündigt worden waren. Inzwischen hat auch die Revierkonferenz des christlichen Bergarbeiter-Verbandes ihre Zustimmung gegeben. Mit der Produktion hängt auch der Lohn zusammen, besonders, wenn zwischen Akkord- und Zeitlohn oder, wie es im Bergbau heißt, zwischen Gedinge- und Schichtlohn, die leistungserzeugende Spannung zu gering geworden ist. Einstweilen regiert im Ruhrgebiet mehr denn je die Tatsache der wirtschaftlichen Not. Sie kann nicht mit einer Verhandlung, einem Vertrag, einer ersten Wiedereinrichtung des Verkehrs und der ersten Wiederaufnahme der Arbeit beseitigt werden. Aber man sieht ihr ins Auge und hat den guten Willen, ihr zu Leibe zu gehen.

Kleine Nachrichten.

Auf Grund einer Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums ordnete der Generalstaatskommissar die Schließung sämtlicher Getreideschrannen im rechtsrheinischen Bayern an, und zwar mit Rücksicht auf deren bisherige ungünstige Preisbildung. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe in unbeschränkter Höhe bestraft. Außerdem erfolgt Beschlagnahme der Getreidebestände und der Kaufsummen.

•

Der Königlich schwedische Gesandte Freiherr Ramel ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

•

Eine italienische offiziöse Note erklärte alle Gerüchte, die sich in Hinsicht einer internationalen politischen Aktion Spanien—Italien im Zusammenhang mit dem Besuch des Königs von Spanien in Rom gebildet haben, für gänzlich unbegründet.

•

Wie uns aus New-York gemeldet wird, wurde die Gründung einer Partei zur Unterstützung der Kandidatur Henry Fords für die Präsidentschaft, welche am 12. Dezember hätte stattfinden sollen, durch Ford auf unbestimmte Zeit und ohne Angabe von Gründen verschoben.

•

Der „Morning Post" wird aus Bagdad gemeldet, daß die Araber in der Umgebung der Stadt zwei englische Fliegeroffiziere angegriffen haben, von denen der eine getötet, der andere verletzt wurde. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Epilog zum Satyrspiel.

So ging der Reichstag in die Ferien,
Die Parlamenter ziehn nach Haus,
Sie ruhen sich nach den bisherigen
Strapazen auf den Lorbeern aus.
Wenn alles man in allem nimmt —
Wie tüchtig, daß sie abgestimmt!

Nun können sie die Weihnacht feiern
Mit schlackenreinem Festgemüt
Im trauten Kreise ihrer Teuern. —
Wenn Tannenduft durchs Zimmer zieht
Und bei dem Christbaumkerzenschein
Dünkt jeder sich ein Christkindlein:

Ein Christkind, das geboren worden
Dem deutschen Vaterland zum Heil;
Doch nach den schrillen Mißakkorden
Denkt mancher Bürger sich sein Teil
Von jenen, die vertrau'nbeseelt
Er in den Reichstag einst gewählt.

Zwar haben die Partei'n befehdet
Sich kräftig und erbarmungslos,
Und Reden wurden viel geredet,
Wenn auch nicht gerad' von Cicero
Nur sprang aus jedem Redestrauß
Die lächerlichste Maus heraus.

Drum, wenn ihr Schwestern und ihr Brüder,
Die ihr im Parlamente sitzt,
Im Januar per Bahn kommt wieder
In „erster Güte" hergeflitzt,
Dann laßt jedweden Narrenstreich —
Sonst, hoher Reichstag, tagt's im Reich!

Kater Murr.

Hierzu eine Beilage.